

Niederschrift über die Sondersitzung des Rates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 24.03.2009
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:55 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Hans Georg Niesel

Ratsvorsitzender

Herr Hans Diekmann

Ratsmitglieder

Herr Wolfram Amelung

Herr Karl-Heinz Böckmann

Herr Norbert Bockstette

Herr Heinrich Büscherhoff

Herr Dirk Christ

Herr Peter Eilhoff

Herr Kurt Ernst

Herr Christian Fahling

Herr Norbert Hinzke

Herr Eckhard Knospe

Herr Walter Mennewisch

Herr Otto Meyer

Herr Josef Nordlohne

Herr Philipp Overmeyer

Herr Clemens-August Röchte

Herr Konrad Rohe

Herr Gerhard Rossmann

Herr Clemens Rottinghaus

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Frau Edith Schneemann

Frau Sandra Schneemann

Herr Norbert Schwerter

Herr Werner Steinke

Herr Josef Taphorn

Herr Reinhard Thobe

Herr Raimund Vorwerk

Herr Clemens Westendorf

Herr Clemens Wichelmann

Verwaltung

Herr Tobias Gerdesmeyer

Herr Walter Becker
Herr Werner Becker
Herr Bernd Kröger

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herr Clemens Haskamp
Herr Reinhard Latal
Herr Karlheinz Rießelmann

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift von der Sitzung am 26.02.2009
3. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
- 3.1. Bebauungsplan Nr. 104 - 1. Änderung "Gewerbegebiet Nordlohne"
Änderungsbeschluss
Vorlage: 6/034/2009
- 3.2. Empfehlungen des Bauausschusses
- 3.2.1. 58. Änderung des Flächennutzungsplanes ´80 sowie Bebauungsplan Nr. 131 für den Bereich zwischen Hopener Mühlenbach und Südring der Stadt Lohne;
a) Beratung der während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen
b) Auslegungsbeschluss
Vorlage: 61/078/2009
4. Anträge, Anfragen und Anregungen
- 4.1. Verkehrssicherheit an der Falkenbergstraße
5. Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Diekmann eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Mitglieder des Rates der Stadt Lohne ordnungsgemäß durch Einladung vom 12.03.2009 einberufen wurden. Die Tagesordnung zu Teil A der Sitzung wurde in der Oldenburgischen Volkszeitung am 17.03.2009 bekannt gegeben. Gegen die Einladung und die Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben. Anschließend stellte der Ratsvorsitzende die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

2. Genehmigung der Niederschrift von der Sitzung am 26.02.2009

Die Niederschrift wurde genehmigt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

3. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses

3.1. Bebauungsplan Nr. 104 - 1. Änderung "Gewerbegebiet Nordlohne" Änderungsbeschluss Vorlage: 6/034/2009

Oberamtsrat Bernd Kröger trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses aus der Sitzung am 10.03.2009 vor. Vom Verwaltungsausschuss war wegen der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit ein Beschlussvorschlag unterbreitet worden, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 104 „Am Lünsberg“ einzuleiten und die Veränderungssperre Nr. 38 zu beschließen.

Verwaltungsseitig wurde auf Anfrage hin erläutert, dass die Veränderungssperre nach 2 Jahren um weitere 2 Jahre verlängert werden kann, so dass innerhalb dieser Zeit eine Änderung des Bebauungsplanes vom Rat beschlossen werden kann. Ein Vertreter der CDU-Fraktion bezeichnete den Geltungsbereich des B-Planes als hochsensibles Gebiet, mit dem der Rat seit langer Zeit befasst sei. Ein anderes Ratsmitglied der CDU-Fraktion bezweifelte, ob mit einer Veränderungssperre Probleme gelöst werden, zumal im weiteren Umfeld noch weitere Grundstücke zur Verfügung stehen könnten. Veränderungssperren sollten aus diesem Grunde zurückhaltend erlassen werden, um Kosten für Gutachten zu vermeiden und keine Verwaltungskapazitäten zu binden. Allgemein sollte in Gewerbegebieten die Möglichkeit zur

Schaffung von Stellplätzen bestehen. Auf Anfrage hin teilte Oberamtsrat Bernd Kröger mit, dass die zu erwartenden Kosten des Verfahrens in diesem Stadium nicht beziffert werden könnten.

Zu der Frage, ob mit dem Beschluss lediglich ein Aufschub erreicht werden könne, nahm Bürgermeister Niesel ausführlich Stellung. Er erinnerte an die vielfältigen in der Umgebung aufgetretenen Probleme und an die langwierigen Verhandlungen mit dem Firmeninhaber. Mit diesem war eine Vereinbarung getroffen worden, die Ausweitung des Betriebes auf eine vorgegebene Fläche zu begrenzen. Weitere Sprecher der CDU-Fraktion empfahlen den Beschluss der Veränderungssperre und regten eine anschließende zügige Beratung im Bauausschuss an.

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses zur Einleitung des Änderungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 104 sowie zum Beschluss der Veränderungssperre Nr. 38 zu.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 26 , Nein-Stimmen: 1 , Enthaltungen: 5

3.2. Empfehlungen des Bauausschusses

- 3.2.1. 58. Änderung des Flächennutzungsplanes '80 sowie Bebauungsplan Nr. 131 für den Bereich zwischen Hopener Mühlenbach und Südring der Stadt Lohne;**
a) Beratung der während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragene Stellungnahmen
b) Auslegungsbeschluss
Vorlage: 61/078/2009

Zu Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellte der Vorsitzende der SPD-G.U.F.-Gruppe die Frage, wie die Information aus der vertraulichen Verwaltungsausschusssitzung zum Abstimmungsverhalten zu diesem Tagesordnungspunkt an die Presse gelangen konnte.

Bürgermeister Niesel teilte hierzu mit, dass Abstimmungsergebnisse aus dem VA grundsätzlich vertraulich behandelt werden, dass im konkreten Einzelfall aber Erklärungsbedarf gegenüber der Öffentlichkeit bestand, warum der Verfahrensschritt zur Beratung des Bebauungsplanes abweichend von der üblichen Zuständigkeitsregel dem Rat vorgelegt werden musste. Gegenüber der Presse sind auf entsprechende Anfrage hin in solchen Fällen weitestgehende Erklärungen abzugeben. Auch in Zukunft würden Abstimmungsergebnisse, insbesondere das Abstimmungsverhalten einzelner Beigeordneter, vertraulich behandelt.

Ausschussvorsitzender Rohe trug die Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Bauausschusses am 03.03.2009 und den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses am 10.03.2009 vor.

Ein Ratsmitglied der CDU-Fraktion hob zunächst die Bedeutung der Firmen Envitec und Dettmer hervor und empfahl eine Untersuchung, ob nicht ein anderer Standort gefunden werden könne. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion brachte ebenfalls den herausragenden Wert der beiden Firmen zum Ausdruck und empfahl eine Fortsetzung des Verfahrens mit Bürgerbeteiligung, um nach Eingang aller vorgetragenen Bedenken eine objektive Entscheidung treffen zu können. Zunächst sollte jedoch der Firma Envitec die Chance gegeben werden, im Verfahren vorgetragene Bedenken ggf. durch Gutachten zu zerstreuen. Ob es danach zu einer Standortdiskussion komme, sei abzuwarten. Das laufende Verfahren sollte jedoch nicht vorzeitig abgebrochen werden. Im Falle der Antragstellung anderer Firmen seien in der Vergangenheit die laufenden Verfahren ebenfalls zunächst durchgeführt worden. Der Rat werde nach Abschluss des Verfahrens in eine sorgfältige Prüfung eintreten und eine Entscheidung treffen.

Ein anderes Ratsmitglied der CDU-Fraktion ging ausführlich auf die Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Windhorst und die Firma Envitec ein und kritisierte deren Aussagen im Einzelnen. Anschließend sprach es die Empfehlung aus, die Entscheidung jetzt zu treffen, da die Gründe gegen die Ansiedlung des Betriebes nach Beendigung des Verfahrens aus seiner Sicht nicht anders zu bewerten seien. Abgelehnt werde das Vorhaben insbesondere wegen der Dichte der Veredlungsindustrie in der Region, der Größe der Anlage, wegen der Auswirkungen auf die Pachtpreise und die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sowie der vermeintlichen Gefahren und Nachteile für die Umwelt und das zusätzliche Verkehrsaufkommen. Ferner sei eine solche Anlage nicht notwendigerweise in der Nähe der Betriebszentrale zu errichten.

Ein anderer Sprecher der CDU-Fraktion beantragte mit Hinweis auf die Geschäftsordnung eine geheime Abstimmung in der Angelegenheit.

Der Vorsitzende der SPD-G.U.F.-Gruppe erinnerte an die verschiedenen Beratungsschritte in der Angelegenheit und sprach auch für seine Gruppe gegen die Beschlussempfehlung des Bauausschusses aus. Insbesondere begründete er dies mit dem nach Auffassung der Gruppe ungeeigneten Standort. Ferner sollte eine solche Anlage nicht insbesondere mit Mais, sondern eher mit Gülle und anderen Stoffen betrieben werden. Am vorgesehenen Standort seien im weiteren Sinne Konflikte mit der Lebensmittelindustrie und mit Verbrauchern zu befürchten. Weiter brachte der Redner seine Enttäuschung über das Gutachten von Herrn Prof. Dr. Windhorst zum Ausdruck. Auch wenn die Firma Dettmer möglicherweise nicht direkt betroffen sei, könnten die von dort geäußerten Bedenken nachvollzogen werden, zumal es sich um eine Versuchs- und Forschungsanlage handle. Abschließend richtete er die Empfehlung an die Verwaltung, mit der Firma Envitec nach einer Standortalternative zu suchen.

Ein Sprecher der SPD/G.U.F.-Gruppe ging auf den Börsengang der Firma Envitec ein, berichtet über die dabei erzielten Erlöse, den Kursverlauf sowie die Gewinnsituation der Firma und deren Beteiligungen. Kritisch äußerte sich der Redner über die den Anlegern entstandenen Kursverluste. Ein anderer Redner ging auf die vermeintlich hohe Kapazität der Anlage ein und fragte, ob sich konzeptionelle Änderungen ergeben hätten. In diesem Zusammenhang wurde hinterfragt, ob die Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Windhorst von einer geringeren Kapazität ausgehe. Der Redner lehnte die Anlage aus städtebaulichen Gründen ab und hob hervor, dass grundsätzlich an solchen Umgehungsstraßen keine Abbiegespuren eingerichtet werden sollten. Bei Einrichtung solcher Abbiegespuren seien Weiterungen zu befürchten. Es werde lediglich einer Zersiedlung Vorschub geleistet.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion hob unter Hinweis auf Presseberichte hervor, dass eine verlässliche Politik wichtig sei. Vom Rat seien Biogasanlagen grundsätzlich abgelehnt worden. Dies gelte insbesondere für Großanlagen. Derartige Anlage passten nach ihrer Auffassung nicht in die industrielle Landschaft Lohnes und auch nicht zur Landwirtschaft.

Bürgermeister Niesel nahm ausführlich zu den vorangegangenen Wortmeldungen Stellung. Mit eindeutigen Worten wies er die unsachliche Kritik eines einzelnen Ratsmitgliedes an dem Unternehmen Envitec zurück. Nochmals wies er auf den Stand des Verfahrens hin, der erst die Berücksichtigung weiterer Bedenken, Gutachten und deren Prüfung eröffne und erst den Weg für eine weitere Erörterung, Abwägung und Entscheidung ermögliche. Die antragstellende Firma solle auch aus Gründen der Fairnis die Möglichkeit haben, solche Bedenken zu entkräften. Der Bürgermeister verwies darauf, dass der Rat grundsätzlich seine Position zur Biogaspolitik festgelegt habe und dass diese Position auch nicht verändert werden solle. Im vorstehenden Fall handle es sich aber nicht um eine Anlage in bäuerlicher Hand, wie sie im Nachbarkreis in außerordentlich hoher Zahl ohne deutlich erkennbare Kritik aus der Landwirtschaft zugelassen wurden. Vielmehr solle ein Technologiezentrum Biogas in der Stadt der Spezialindustrien zugelassen werden. Derartigen Neuerungen seien die Verantwortlichen in Lohnes stets aufgeschlossen begegnet, was letztlich auch schon bei der Gründung der Kunststoffindustrie den wirtschaftlichen Erfolg Lohnes begründete. Auch heute seien derartige Neuerungen zu wagen.

Weiter wies der Bürgermeister auf die Notwendigkeit hin, in osteuropäischen – und Entwicklungsländern in Lohnes erforschte und ausgefeilte Anlagen für die Energiegewinnung zur Verfügung zu stellen. Der technische Fortschritt solcher Anlagen und ihre Entwicklung sei dringend notwendig. Wie selbstverständlich würden kleinere Anlagen in bäuerlicher Hand an anderer Stelle in großer Stückzahl genehmigt. Dies müsse viel mehr für ein Forschungs- und Entwicklungszentrum gelten. Weiter wies der Bürgermeister darauf hin, dass im fortgesetzten Verfahren ausreichend Gelegenheit zur Erörterung und Abwägung der Bedenken insbesondere der Firma Dettmer bestehe. Insbesondere könnten Vertreter beider Firmen und deren Gutachter ihre Erkenntnisse austauschen und ggf. weitere technische Vorkehrungen zur Emissionsminderung vorsehen.

Weiter nahm Bürgermeister Niesel zur elektrischen und thermischen Leistung der Anlage Stellung. Er erinnerte daran, dass heute vorgetragene Bedenken weitgehend auch schon bei der Fassung des Grundsatzbeschlusses im Jahre 2008 bekannt waren. Zur Immissionsbelastung teilte er mit, dass laut Gutachten von der nahe liegenden Landwirtschaft und der Kläranlage stärkere Auswirkungen ausgehen als von dem geplanten Technologiezentrum.

Abschließend forderte er die Fortsetzung des Verfahrens, welches die Prüfung der beiderseitigen betrieblichen Interessen in partnerschaftlicher Form zur Folge haben werde. Durch die Fortsetzung des Verfahrens würden die notwendigen Erkenntnisse gewonnen und die Zeit zur Prüfung der Interessen.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion berichtete unter Hinweis auf den Zeitungsartikel zur Auffassung der Firma Wernsing, dass diese selbst als Lebensmittel produzierender Betrieb in unmittelbarer Nachbarschaft eine Biogasanlage betreibe. Insbesondere eine solche Firma sei auch maßgeblich für die steigenden Pachtpreise verantwortlich.

Ratsvorsitzender Diekmann verwies anschließend auf den Antrag, in der Angelegenheit geheim abzustimmen. Ein solcher Antrag kann nach der Geschäftsordnung des Rates von mindestens einem Drittel der Anwesenden Ratsmitglieder verlangt werden.

Beschluss:

In der Angelegenheit wird geheim abgestimmt.

mehrheitlich beschlossen:

Jastimmen: 24, Neinstimmen: 7, Enthaltungen: 1

Städtischer Direktor Walter Becker erläuterte das Verfahren der geheimen Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lohne stimmt dem Entwurf der 58. Änderung des Flächennutzungsplanes '80 sowie des Bebauungsplanes Nr. 131 „Zwischen Hopener Mühlenbach und Südring“ sowie den Begründungen zu und beschließt die Entwurfsunterlagen öffentlich auszulegen.

Die Auszählung der Stimmzettel durch den Allgemeinen Vertreter Gerdsmeyer und Oberamtsrat Werner Becker ergab folgendes Ergebnis:

Bürgermeister Niesel wies nach der folgenden Abstimmung darauf hin, dass damit das Verfahren beendet ist.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 14 , Nein-Stimmen: 16 , Enthaltungen: 2

4. Anträge, Anfragen und Anregungen

4.1. Verkehrssicherheit an der Falkenbergstraße

Ein Ratsmitglied der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass die Verkehrssicherheit insbesondere der Schüler im Bereich der Falkenbergstraße durch rechtswidrig dort fahrende LKW gefährdet ist. Es wurde angeregt, nach Möglichkeiten zu suchen, eine solche rechtswidrige Nutzung zu verhindern.

5. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt ergaben sich keine Wortmeldungen.

H. G. Niesel
Bürgermeister

Hans Diekmann
Vorsitzender

Walter Becker
Protokollführer